

Essay

Integration ist machbar

Dass Gastarbeiter bereits Anfang der 80er-Jahre zu Einwanderern wurden, haben die Deutschen lange ignoriert. Heute ist Migrationspolitik pragmatisch und in den letzten zehn Jahren zum Mainstream-Thema geworden / Von Klaus J. Bade

Die Zuwanderung nach Deutschland schrumpft, und die Abwanderung steigt. Die Botschaft der Zahlen heißt: Deutschland kehrt in Sachen Migration in seine Geschichte zurück; denn es war in seiner Geschichte oft Einwanderungsland und Auswanderungsland im Wechsel oder zugleich. In den letzten Jahren stieg die Abwanderung aus Deutschland sogar so deutlich an, dass es 2008 zum ersten Mal eine negative Wanderungsbilanz gab, also ein Überwiegen der Abwanderungen gegenüber den Zuwanderungen.

Vom frühen 19. bis zum frühen 21. Jahrhundert dominierte der säkulare Wandel vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland. Seit dem frühen 19. Jahrhundert sind rund acht Millionen Deutsche allein in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Die letzte Auswanderungswelle des 20. Jahrhunderts umfasste Mitte der 50er-Jahre auch viele Vertriebene und Flüchtlinge.

1955 wurde die deutsch-italienische Anwerbevereinbarung ausgearbeitet. Es folgten weitere Verträge mit Spanien und Griechenland (1960), mit der Türkei (1961), Portugal (1964), Tunesien, Marokko (1965) und Jugoslawien (1968), von denen nur diejenigen mit Tunesien und Marokko im Ergebnis unbedeutend blieben. Zum Abschluss der „Anwerbeverträge“ drängte nicht etwa nur das Interesse der deutschen Wirtschaft am Arbeitskräfteimport, sondern auch das Interesse der sogenannten Entsendeländer an kontrolliertem Arbeitslosenexport und am Lohngeldtransfer zugunsten der eigenen Zahlungsbilanz. Die Zeche zahlten oft die Arbeitswanderer, mit ihren Familien häufig alleingelassen bei der Bewältigung der lebensgeschichtlichen und familieninternen Spannung zwischen Arbeitswanderung, Rückwanderung oder Einwanderung, oft lange im Niemandsland zwischen Kulturen und Lebensformen.

Von 1955 bis zum „Anwerbestopp“ in der Wachstumskrise von 1973 dauerte die „Gastarbeiterperiode“ in der Bundesrepublik. Rund 14 Millionen kamen in dieser Zeit. Etwa elf Millionen davon kehrten wieder in ihre Heimatländer zurück. Die aus der Arbeitswanderung seit Mitte der 50er-Jahre hervorgegangene Zuwandererbevölkerung bestimmte das Bild, bis sich die Gewichte verschoben durch das Eintreffen der Aussiedler und Spätaussiedler aus Osteuropa in großer Zahl seit Ende der 80er-Jahre und in geringerem Umfang auch der Juden aus der GUS.

Der „Anwerbestopp“ von 1973 aber wirkte als Bumerang: Er ließ kurzfristig die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen sinken, dann aber die Ausländerbevölkerung insgesamt sogar über das 1973 erreichte Niveau hinaus weiter ansteigen und beschleunigte den Weg von der Gastarbeiter- zur Einwandererexistenz. Seit dem „Anwerbestopp“ nämlich konnte die freiwillige Rückkehr ins Herkunftsland auf Zeit zum unfreiwilligen Abschied aus Deutschland für immer werden. Entsprechend verstärkte sich die ohnehin erkennbare Tendenz zu Daueraufenthalt und Familiennachzug.

Dauerhafte Arbeitsaufenthalte aber bewirken über die Zeitstufen im Aufenthaltsrecht einen langfristigen Wandel von der Gastarbeiterexistenz mit befristeter Aufenthaltsgenehmigung zur Einwandererexistenz mit dauerhaftem Aufenthaltsanspruch. Allen wissenschaftlichen Erfahrungen mit historischen Einwanderungsprozessen nach zu urteilen, lebte ein großer Teil der ehemaligen „Gastarbeiterbevölkerung“ in der Bundesrepublik schon um die Jahrzehntwende der 70er/80er-Jahre jenseits der Schwelle zwischen Arbeits- und Daueraufenthalt in einer echten Einwande-



Die Sprache lernen, um anzukommen im fremden Land: Gastarbeiter aus der Türkei lernen in einem Kurs der Volkshochschule in Berlin Deutsch (undatierte Aufnahme)

rungssituation. Die wechselnden Regierungskoalitionen (von SPD und FDP und, seit der „Wende“ von 1982, von CDU/CSU und FDP) reagierten auf die vorgelegten Bestandsaufnahmen und Entwicklungsperspektiven lange mit defensiver Erkenntnisverweigerung. Sie sprach aus dem parteiübergreifenden, noch Anfang der 90er-Jahre gültigen regierungsamtlichen Dementi: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland!“

Vieles hat sich seither geändert. Migrations- und Integrationspolitik sind heute immer pragmatischer, die Themen Migration und Integration selbst sind schrittweise endlich zu Mainstream-Themen geworden. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (2000), dem Zuwanderungsgesetz (2005), mit Integrationsgipfel, Nationalem Integrationsplan und Deutscher Islamkonferenz (ab 2006) ist in den letzten zehn Jahren in Sachen Integrationspolitik mehr geschehen als in den vier Jahrzehnten zuvor. Im neuen Bundestag haben sich auch die Relationen zwischen Abgeordneten mit und ohne Migrationshintergrund deutlich verbessert: Unter den nunmehr 622 Abgeordneten gibt es jetzt immerhin doppelt so viele wie bisher, nämlich 22 Abgeordnete und sogar einen Minister mit Migrationshintergrund.

Integration braucht Engagement und Geduld auf beiden Seiten: bei den sogenannten Fremden, die in Wirklichkeit oft schon lange Einheimische sind, und bei den Einheimischen, die oft selber die Nachfahren zugewandelter Fremder sind. Integration braucht Engagement, denn: Gelingende Integration setzt nicht nur Integrationsbereitschaft bei der Zuwandererbevölkerung, sondern auch aktive Akzeptanz bei der Mehrheitsgesellschaft voraus. Aus beidem muss ein Mindestmaß an gegenseitigem Grundvertrauen resultieren, das Einwanderern dauerhafte Sicherheit im Einwanderungsland signalisiert – zumal dann, wenn sie beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ihre staatsbürgerlichen

Bindungen zum Herkunftsland aufkündigen müssen und damit auch dessen Schutz im Ausland verlieren.

Und Integration braucht Geduld; denn: Sie ist ein langer Kultur- und Sozialprozess, der oft die Lebensdauer überschreitet und damit zum intergenerativen Prozess wird. Geduld ist auch nötig bei denen, die diesen Prozess beobachten, und die im Streit um die Deutungsmacht in Sachen Integration lange in zwei Lager zerfielen: in das Lager der euphemistischen Sozialromantiker und in das Lager der kakofonen Skandalisierer. Die Sozialromantiker glaubten, Integration sei eine fröhliche Rutschbahn in ein buntes Paradies. Das war ein ebenso naiver wie gutgläubiger Irrtum, der bald desillusioniert und aufgegeben wurde. Die ebenso selbstgerechte wie historisch falsche Rede des anderen Lagers, dass Multikulti lange die nötige Integrationspolitik blockiert habe, ist eine Legende, die durch stete Wiederholung nicht an Realitätsbezug gewinnt.

Man muss Konzept und Prozess unterscheiden: Eine multikulturelle Gesellschaftspolitik als Konzept auf Bundesebene hat es in Deutschland – im Gegensatz zu dem niederländischen Experiment – nie gegeben. Aber was den Prozess der Gesellschaftsentwicklung anbelangt, so steht doch außer Frage, dass sich in Deutschland multikulturelle Gesellschaftsstrukturen herausgebildet haben und immer weiter ausdifferenzieren – ob man das nun begrüßt oder verflucht.

Kein Zweifel: Es gibt diese Probleme, und man sollte sie nicht schönzureden versuchen. Wir brauchen vielmehr klare Antworten darauf.

Die Skandalisierer der Integration erklärten und erklären noch immer konstant, „die Integration“ sei flächendeckend „gescheitert“. Sie diffamieren zugleich das vielseitige Engagement zur Förderung von Integration als semikommerzielle „Integrationsindustrie“. Sie betreiben auf diese Weise aber in Wirklichkeit selber eine mitunter sehr einträgliche Desintegrationsindustrie, insbesondere Desintegrationspu-

blizistik, und werden auf diese Weise zu einem folgenreichen Hindernis im Integrationsprozess. Streit über Integration geht immer ans „Eingemachte“. Das war und ist in allen Einwanderungsländern so. Auseinandersetzungen über Integrationsfragen gehören, auch mit harten Bandagen, mitunter zur Streitkultur in der Einwanderungsgesellschaft. Integrationsstreit muss aber die Spielregeln einhalten und seine Schranke finden vor der menschenfeindlichen Denunziation von Gruppen nach ihrer Herkunft, Kultur oder Religion.

Neueste Untersuchungen bestätigen abermals, dass Deutschland im internationalen Vergleich mit den anderen modernen Einwanderungsländern Europas nicht nur keinerlei Anlass hat zu dem verbreiteten verschämten Selbstmitleid und dem Gerede von der gescheiterten Integration. Im Gegenteil: Viele andere Länder beneiden Deutschland in manchen Feldern um Integrationserfolge; denn „nobody is perfect in integration“. Wir leben vielmehr in einem internationalen „Lernfeld Integration“, in dem jedes Land auf jeweils unterschiedlichen Gebieten von Erfolgen und Misserfolgen anderer Länder lernen kann.

Das hat sich zuletzt abgebildet in der neunten Mehrthemenbefragung des Essener Instituts für Türkeistudien und zugleich in den Ergebnissen einer Erhebung des Würzburger Instituts für empirische Bildungsforschung unter Hauptschülern türkischer Herkunft. Danach ist das Bildungsniveau der Einwandererbevölkerung türkischer Herkunft zwar insgesamt nach wie vor niedrig: gut ein Viertel ohne qualifizierten Schulabschluss, mehr als die Hälfte ohne berufliche Ausbildung. Aber dabei wird immer noch die Generation der Pionierwanderer, also der längst im Rentenalter lebenden alten „Gastarbeiter“, mitgezählt. Die aber wurden bekanntlich seinerzeit nicht als neue Bildungselite nach Deutschland angeworben, sondern für extrem harte Arbeiten, für die Deutsche, ins-

besondere zu den gebotenen Löhnen, nicht mehr zu gewinnen waren: vom Müllwerker über die Textilarbeiterin bis hin zum Autofließbandmonteur.

Und ohne diese sogenannten Gastarbeiter – sowie das deutsche Arbeitskräfte-, aber auch Konsumentenreservoir der Vertriebenen und Flüchtlinge der Nachkriegszeit und bis 1961 auch dasjenige der Zuwanderer aus der DDR – hätten die Deutschen im Westen ihr Wirtschaftswunder sicher nicht so genießen können. Von diesen über 60-Jährigen haben, wenig überraschend, sogar zwei Drittel der Befragten keinen Schulabschluss. Bei den unter 30-Jährigen gilt das aber nur noch für sechs Prozent. Und 17 Prozent der unter 30-Jährigen Einwanderer türkischer Herkunft haben mittlerweile schon das deutsche Abitur.

Es gibt zwar nach wie vor einen deutlichen, zum Teil sogar wachsenden Abstand zur deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Es gibt aber zugleich einen unvergleichbar größeren und rasch wachsenden Abstand zur Generation der Eltern oder sogar Großeltern. Das ist das zunächst einmal wichtigere intergenerative Integrationsindizes.

Bei den Bildungskarrieren gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede mit einer klaren Tendenz zur Feminisierung des Bildungserfolgs: In der Altersgruppe von 20 bis 30 Jahren haben 45 Prozent der Frauen und 38 Prozent der Männer das Abitur oder einen Fachhochschulabschluss. Mehr als 75 Prozent der Befragten türkischer Herkunft in der Altersgruppe unter 30 Jahren schätzen ihre Deutschkenntnisse als gut bis sehr gut ein. Über 60 Prozent der Jugendlichen gaben an, mit ihren Eltern beide Sprachen zu sprechen.

Nach der Befragung des Zentrums für Türkeistudien können nur drei Prozent der türkischstämmigen Bevölkerung als eher nicht oder gar nicht in die deutsche Gesellschaft eingebunden gelten. Dieser Prozentsatz ist über die Jahre hinweg gleich geblieben und wird durch die Heiratsmigration bestimmt, mit der in jungen Familien der Integrationsprozess stets aufs Neue beginnt. Deshalb kann, von dieser Kleingruppe einmal abgesehen, von der Entstehung oder gar dem Wachstum einer Parallelgesellschaft kaum die Rede sein, auch wenn die Desintegrationspublizistik mit dem Mikroskop nach symbolischen Indizien solcher Strukturen sucht, weil sie ja von deren Beschworung lebt – vom Beten im Unterricht bis zur Moschee-Architektur.

Nicht ohne Grund hat der erste deutsche Integrationsminister, Armin Laschet in Nordrhein-Westfalen, sein unlängst erschienen visionäres Integrationsbuch „Die Aufsteigerrepublik“ genannt. Laschet weiß, dass viele erfolgreiche Bildungs- und Integrationskarrieren ihren Grund nach wie vor mehr in Gelegenheitsstrukturen, also mehr in glücklichen Zufällen, als in einer systematischen Förderung haben. Und er plädiert dafür, genau das umzukehren: Das systematische Förderungsangebot sollte die Regelstruktur, das Unglück dabei die selbst verschuldete Ausnahme werden. Das wiederum steht in anderen Worten auch in den Koalitionsvereinbarungen der neuen Bundesregierung. Hoffen wir das Beste.

Der Autor ist Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Der Text ist ein Auszug aus seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche am 5.11.2009 anlässlich eines Festaktes zu 50 Jahren Arbeitsmigration in Deutschland